

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis v. 15.—20. Oktober 100 M. freibleibend, ausschl. Erägerl. Einzelne Nr. 15 000 000 M. Sonntags 25 000 000 M. Anzeigenpreise: 6gesp. Petitzeile 30 M. v. außerhalb d. Bezirkes 40 M., 3gesp. amtliche Zeile 60 M., 3gesp. Reklamezeile 75 M. Hinweis auf Anzeigen u. Eingefandte 5 M. Nachweisegebühr 30 M. x Schlüsselzahl 600 000. Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Beörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (E. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7—12, 2—5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Einar Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unser Drucker hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwis, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 245

Sonnabend, den 20. Oktober 1923

46. Jahrgang.

Ein neues deutsches Angebot in Vorbereitung.

Amtlicher Teil.

Der genehmigte VIII. Steuerordnungsnachtrag betr. Aufhebung der Zuwachssteuer und Erhöhung der Grunderwerbsteuereinzugsätze auf 4% liegt auf der Kanzel zur Einsicht aus.

Waldenburg, den 18. Oktober 1923. Der Stadtrat.

Bestellungen auf
Stangen und Deckreißig
werden entgegen genommen.
Fürstl. Forstrevierverwaltung Waldenburg Sa.

Dollarkurs (amtlich am 18. Okt.) 2,139,600,000 M.
Dollarkurs (am 18. Okt.) in New York: 10,000,000,000.
Die Reichsregierung beabsichtigt eine neue Note an die Reparationskommission zu richten.

Das Arbeitszeitgesetz, das vom Reichstagsauschuss fertig gestellt wurde, sieht eine Arbeitszeit bis zu 10 Stunden vor.

Der Zentralausschuss der Kommunisten in Berlin hat ein kommunistisches Regierungsprogramm aufgestellt.

General Müller wird vom Reichspräsidenten gedeckt. In Berlin droht die Gefahr einer Einstellung der Brotversorgung.

Die Unterredungen von Stinnes, Klöbner und Böglers mit der französischen Besatzungsbehörde waren erfolglos. Im Ruhrgebiet sind 550,000 Bergleute vor dem Verhungern.

Die Besprechungen in Düsseldorf werden fortgesetzt. In Mannheim kam es zu neuen blutigen Zusammenstößen.

Im sächsischen Landtag wiederholten sich die fürmischen Auftritte. Ein Antrag, bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers zu fordern, fand Annahme.

Bayern hat die diplomatischen Beziehungen zu Sachsen abgebrochen.

Kobach befindet sich in München. Deutsche Untertanen in Nordfriesland müssen in Dänemark Seeresdienst leisten.

Die Verhandlungen des deutschen Geschäftsträgers mit Poincaré sind ergebnislos verlaufen.

Zu kritischen amtlichen Kreisen erwartet man weitverbreitete Unruhen in Deutschland.

Auf den Philippinen sind Unruhen ausgebrochen.

Waldenburg, 19. Oktober 1923

Die Prüfung der Reparationen ist von Brüssel aus angeregt worden und es heißt, Frankreich wolle sich nicht weigern, dem beizustimmen. Dieser Vorschlag ist aber leicht möglich auch wieder eine Phrase, der Poincaré nur Gelegenheit gibt, die alten Pfade von neuem breitzutreten. Denn zu ernstlichen Verhandlungen direkt mit Deutschland hat er sich trotz der wiederholten Anregungen noch nicht bereit erklärt. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet geht nur nach und nach voran, wenn auch mit der französischen Eisenbahnregie endlich eine Verständigung eingeleitet ist. Die rechte Neigung fehlt bei den Franzosen noch immer, sie haben es nicht eilig, an den Deutschen wieder gut zu machen, was sie geschädigt haben. Die Not am Rhein und an der Ruhr ist noch immer arg, und die Ausschreitungen haben noch keinen Abschluß gefunden. Den Arbeitern sind keine Vorwürfe zu machen, denn die Dinge liegen tiefer. Es ist trübselig, wie es noch immer in dem früher so blühenden Industriegebiet aussieht. Und der Wiederaufbau Deutschlands ist doch von der Neuordnung im Westen abhängig.

Die Kritik, die für die Reichsregierung durch Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes von Seiten des Reichstages befürchtet wurde, ist ausgeblieben. Neuwahlen finden nicht statt, und nach einer kurzen Pause wird die parlamentarische Arbeit fortgesetzt werden. Der Reichskanzler Stresemann hat den Berg überwunden, der nicht leicht zu erklimmen war, und wir wollen hoffen, daß Glück und Geschick ihm treu bleiben. Das Arbeitszeitgesetz wird in kurzer Frist erledigt werden, und es ist zu erwarten, daß die daraus fol-

gende Steigerung unserer Produktion ihren guten Eindruck im Auslande nicht verfehlen und zur Verbesserung der Reichsmark beitragen wird. Die Erwerbslosigkeit, die heute besteht, und die sich noch weiter ausdehnt, kann nur beseitigt werden, wenn die gesunkene Kaufkraft wieder in die Höhe gelangt.

Der große Fehler, der vor mehreren Jahren gemacht war, die Lebenshaltung durch Steigerung der Gehälter und Löhne zu erleichtern, statt sofort an die Herabdrückung der Preise zu gehen, rächte sich, nachdem es zu spät war, ihn wieder gut zu machen. Und so mußte notgedrungen auf der einmal betretenen Bahn fortgefahren werden. Längst ist eingesehen worden, daß „mehr Geld“ allein nichts nützt; wir haben heute Einkommen, die fabelhaft sind, aber die Markmillion ist keine Million mehr, sondern nur noch Scheidemünze des alten Geldes.

Das Problem der neuen Währung ist jetzt durch Beschluß der Reichsregierung zum Gesetz erhoben worden. Die Einführung von Rentenmarktscheinen bildet das Zwischenglied zwischen der Papiermark, die gesetzliches Zahlungsmittel bleibt, und der kommenden Goldmark. An Sicherheit für die Rentenmark fehlt es nicht, und so ist anzunehmen, daß sie bald gern in Zahlung gegeben und genommen werden wird. Eine Hauptsache dabei ist nur, daß es an diesen neuen Scheinen nicht fehlen wird, denn dann verpufft die Wirkung. Mancherlei kommt somit zusammen, bessere Verhältnisse herbeizuführen, die uns davon befreien, den Schmachtriemen zu eng zu schnallen, es geht aber nicht ohne, als im Handel und Wandel Treue und Redlichkeit walten zu lassen und der Preiskreiberei wie dem Wucher ein Ende zu machen. Ob die für uns angekündigte große amerikanische Kreditgewährung Platz greifen wird, müssen wir abwarten. Versprochen ist es schon sehr oft, aber die Erfüllung ist noch ausgeblieben.

Die freie Brotwirtschaft, die mit dieser Woche in Kraft getreten ist, hat, wie sich voraussehen ließ, die Preise für das unentbehrlichste Nahrungsmittel bedeutend erhöht, und es wird abzuwarten sein, bis ein Umschlag kommen wird. Augenblicklich macht sich nun die Knappheit auf den verschiedensten Gebieten geltend. Eine unerfreuliche Folge dieses Mangels sind die Ausschreitungen und blutigen Zusammenstöße, die in großen und kleinen Städten stattgefunden haben, und deren Unterdrückung manche Schwierigkeiten verursacht hat. Solche Vorverurteile nützen niemals, und der Schaden, den sie verursachen, trifft nicht bloß einzelne Personen, sondern stört den Kredit des ganzen Volkes.

Stinnes in Düsseldorf.

Vergeblüche Verhandlungen mit den Franzosen.

Wie über Paris gemeldet wird, hat der Großindustrielle Hugo Stinnes am Mittwoch erneut in Düsseldorf mit den Franzosen verhandelt. In seiner Begleitung befanden sich die Großindustriellen Klöbner und Böglers. Die Verhandlungen wurden mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der französischen Fabrik- und Hüttenkommission, Nevejan, geführt. Einen ausführlichen Bericht darüber bringt „Petit Parisien“, dem man die Verantwortung für die Nichtigkeit seiner Angaben natürlich überlassen muß. Das Blatt sagt darüber u. a. folgendes:

Gleich zu Beginn der Unterredung spielte der deutsche Industrielle auf die Erklärung Dr. Stresemanns an, wonach die Reichsregierung sich außer Stande sehe, die Ruhrindustriellen für ihre Materialleistungen an Frankreich zu entschädigen. Herr Stinnes erklärte auf Fragen des Herrn Nevejan: „Solange die Reichsregierung uns nicht für die Zurückhaltung Gewähr bietet, können wir nicht an die Wiederaufnahme der Lieferungen irgendwie denken.“ Obgleich das eigentliche Gesprächsthema dem „Petit Parisien“ zufolge damit bereits erschöpft war, blieben Stinnes und seine Begleiter noch zwei Stunden und setzten die Unterhaltung fort.

Der stellvertretende französische Direktor verweist immer noch dem Bericht des „Petit Parisien“ — während seiner ausführlichen Darlegungen des Standpunktes der Verbündeten vor allem darauf, daß die Ruhrmagnaten ihre Kohlen zu 150 Franken der Tonne in Düsseldorf abzulassen vermöchten und damit den

gegenwärtigen Verkaufspreis der englischen Kohle in derselben Stadt erzielen. Tatsächlich käme sie aber eine Tonne Kohle nur 75 Franken, das heißt also die Hälfte des Preises zu stehen. Es würde sie folglich keine Opfer kosten, den zehnten Teil davon für Reparationszwecke herzugeben. Stinnes bekämpfte in seiner Erwiderung energisch diese Auffassung und meinte, daß die Frage von einem zu einheitlichen Standpunkt aus behandelt werde. Der Preis, von 148 Franken pro Tonne könnte nur für den Einzelverbraucher, der Heizkohle einkauft, und sie wegen der Transportkosten teuer bezahlt, in Frage kommen, für die Industriellen selbst könnten nur die Gesichtspunkte der Metallindustrie allein ausschlaggebend sein. Der Verkaufspreis der englischen Kohle, der sich zurzeit auf 24 Schilling = 96 Franken belaufe, könne auf 14 Schilling oder 53 Franken herabgesetzt werden. Da die Verbündeten jedoch ausdrücklich betonten, daß die Tonne Kohle die Ruhrindustriellen 75 Franken koste, gebe es keinen Zweifel, daß die deutsche Industrie gebemmt und nicht lebensfähig sei. Die Industriellen müßten es daher ablehnen, Kohle zu einem solchen Preise zu fördern. Die Pariser Blätter finden die Starrköpfigkeit von Hugo Stinnes unbegreiflich, umso mehr, als bereits mit 25 Prozent der Grubenbesitzer im Ruhrgebiet Vereinbarungen getroffen seien. Die Micum sei so teilen sie mit, von ihrem Standpunkt nicht abgewichen, und die Unterredung zwischen Franzosen und den deutschen Großindustriellen habe kein Ergebnis zeitigt. Der neue Schritt von Stinnes sei jedenfalls als ein sehr wertvoller Fingerzeig für das Einvernehmen zwischen ihm und dem Kanzler aufzufassen.

Hoersch bei Poincaré.

Schroffe französische Ablehnung.

Ministerpräsident Poincaré hat am Mittwoch den deutschen Geschäftsträger in Paris, v. Hoersch, empfangen.

Dieser hat dabei darauf hingewiesen, daß die deutsche Abicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, die für uns eine vollzogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes die Wiederingangekung von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten und schnellsten zu bewerkstelligen sei, und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könne. Wenn der französische Ministerpräsident bei der ersten Besprechung die Wiederaufnahme der Arbeit als eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe bezeichnen habe, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche lokalen Verhandlungen zu fördern.

Ferner betonte der Geschäftsträger, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zersplitterung, Ratlosigkeit und Untätigkeit im besetzten Gebiet geführt habe, und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen.

Millionen vor dem Hungertod.

Mit ganz besonderem Nachdruck hat Herr v. Hoersch dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dar- gelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei, diese Finanzierung seinerseits vorzunehmen, und hat damit im Zusammenhang auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzehen die Arbeit zwar zunächst wieder aufnahmen, aber schon nach wenigen Tagen infolge mangelnder Zahlungsmittel wieder aufgeben müßten. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß zirka 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgend welche Subsidienmittel dem Verhungern gegenüber ständen und

daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenzechen abhängt.

Eine kalkhänuzige Antwort.

Poincarés Entgegnung war geradezu frivol. Er erklärte mit kaltem Hohn, daß ihn das alles nichts angehe und betonte ferner:

Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig brächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er so lange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Reichskabinett wird sich mit Poincarés Ablehnung der deutschen Vorschläge beschäftigen. Bei einer Ausschaltung der deutschen Regierung an den Verhandlungen ist es unmöglich, das Wirtschaftsleben im Einbruchgebiet wieder in Gang zu bringen.

Die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz wurden fortgesetzt. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Parteien werden vielmehr erst Stellung nehmen, wenn der umgearbeitete Entwurf vorliegt.

Die Kartoffelausfuhrverbote aus Ostpreußen und Schlesien nach anderen Teilen des Reichsgebietes sind aufgehoben worden.

Die Münchener Polizei hat bei einer neuerlichen Suche nach kommunistischem Material abermals eine Menge Schriften und Plakate beschlagnahmt.

Die Besprechungen der Industriellen in Düsseldorf mit General Degoutte werden fortgesetzt.

Die Reichsbank brachte am Mittwoch einige 100 Billionen Mark in den Verkehr. Dieser Umstand und das Verhalten der sächsischen und thüringischen Regierung, das unbedingt einer Klärung bedarf, hat den neuen Marksturz hervorgerufen.

Die beiden kommunistischen sächsischen Minister Böttcher und Heckert sind zu Vertretern Sachsens im Reichsrat ernannt worden.

Zu dem erwähnten Schreiben des Generalleutnants Müller an die sächsische Regierung wird in Berlin halbamtlich folgendes erklärt:

Der Schritt des Generals Müller bei der sächsischen Regierung ist im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt. Zugrunde liegt ihm die Erwägung, daß sich die Regierungen der Länder den von der Reichsregierung herausgegebenen Richtlinien unterordnen müssen. Falls General Müller vom sächsischen Ministerpräsidenten, wie dieser das angekündigt hat, keine Antwort erhält wird der General weitere Weisungen der Reichsregierung erhalten.

Da General Müller in der Tat keine Antwort von der sächsischen Regierung erhalten hat, so hat er dieser schriftlich mitgeteilt, daß er die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Reichswehrminister übergeben habe.

Der aus der Haft entlassene Kossbach wird heute Freitag bei der Feier der Kossbachabteilung München und des deutschen Kampfbundes im Löwenbräu eine Rede halten. Auch Hitler wird sprechen.

In Berlin fanden in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen Vertretern der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei über ein gemeinsames Vorgehen in politischen und gewerkschaftlichen Fragen statt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Die kommunistischen Vorschläge wurden für undiskutabel erklärt.

Die Berliner Bäckereien werden weiter geplündert. Der Polizeischutz ist völlig ungenügend. Es droht die Gefahr einer Einstellung der Brotversorgung.

Die bayerische Regierung hat der sächsischen mitgeteilt, so lange die kommunistische Partei, die erbitterteste Feindin jeder verfassungsmäßigen Staatsordnung, in der sächsischen Regierung vertreten sei, sei sie nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten zu empfangen. Der bayerische Gesandte bei der sächsischen Regierung, Dr. v. Preger, wurde abberufen.

Der preussische Staatsrat trat nach längerer Pause wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Zur Beratung standen nur einige kleine Vorlagen. Zustimmung fand eine Ausführungsanweisung zum Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, die die Annahme der Referendare, den Vorbereitungsdienst bei den Verwaltungsbehörden und die Prüfung regelt. Zum Schluß genehmigte der Staatsrat eine Verordnung über die Niederschlagung geringfügiger Geldstrafen in Ausführung des Reichsgesetzes über Vermögensstrafen und Bußen.

Die neue Thüringer Regierung erhielt bei der Abstimmung im Landtag 28 gegen 24 Stimmen. Zwei bürgerliche Abgeordnete fehlten. Das Kabinett hat bereits, wie der Landtagspräsident im Landtag mitteilte, den Eid abgelegt. Das Regierungsprogramm lehnt sich im wesentlichen an die zur Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Regierung aufgestellten Richtlinien an. Besonders scharf wendet sich die neue Regierung gegen das Reichsermächtigungsgesetz. Die bürgerlichen Parteien ließen verkünden, daß sie ihren Antrag auf Auflösung des Landtags aufrechterhielten. Außerdem brachten sie zugleich mit Rücksicht auf die zu erwartenden Neuwahlen einen Antrag auf Aenderung des Wahlgesetzes ein.

Frankreich wünscht einen deutschen Botschafter. Zu dem letzten deutschen Schritt in Paris äußert das „Echo National“, wenn Stresemann sich nicht zur Entsendung eines Botschafters nach Paris entschließen, könne ihm an erfolgreichen Verhandlungen mit Poincaré nichts gelegen sein. Das Blatt bezeichnet die Anwesenheit eines einfachen Geschäftsträgers in Paris als ungenügend.

Bayern und Sachsen. Die Vorgänge in Sachsen, bei denen das Bestreben der sächsischen Regierung zutage tritt, die proletarischen Hundertkroten zu schützen, werden in Bayern mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Man glaubt, in kürzester Frist mit ernststen Erschütterungen der Ordnung in Sachsen rechnen zu müssen und daß Bayern als nächster Nachbar in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. In bayerischen Regierungskreisen hält man keineswegs für sicher, daß die Reichsregierung der Zustand in Sachsen Herr werden könne, nachdem sie sie bisher so weit hat treiben lassen. Das Gleiche gilt für Thüringen.

Österreich.

Österreich wird heute als der goldreichste Staat Europas angesehen. Die Gesellschaft Rathsberg liefert monatlich fast 2 Kilogramm Edelmetall. In den Berg-

werken der Gewerkschaft sollen über 20 Millionen Tonnen Edelmetall liegen.

Dänemark.

Deutsche Untertanen, die sich seit längerer Zeit in Nordschleswig aufgehalten haben und die dem deutschen Heere angehört hatten, haben von den dänischen Behörden einen Bestimmungsbefehl im Fall einer Mobilmachung erhalten. Sie sind zum großen Teil dem dänischen Landsturm zugeteilt.

England.

Der Vorschlag Smuts, daß eine Kommission ernannt werden sollte, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Reparationsleistungen festzustellen, findet in London allgemeine Unterstützung. Nur in den Londoner Umkreisen ist man nicht besonders von dem Plane begeistert. Nach Ansicht der britischen Amtskreise nehmen Frankreich und Deutschland den Mittelpunkt der Bühne ein und gegenwärtig ist auf dieser kein Platz für irgend einen anderen Akteur.

Die Lage im Kölner Gebiet beunruhigt die Londoner amtlichen Kreise besonders, da die weiteren Entwicklungen sehr leicht zu scharfen Differenzen zwischen Großbritannien und Frankreich führen könnten. Privat und amtliche Berichte, die in London eingelaufen sind, schildern die Lage in Deutschland als eine außerordentlich schlechte. In britischen amtlichen Kreisen erwartet man weitverbreitete Unruhen.

Amerika.

Die Unruhen auf den Philippinen dauern fort. Eingeborene haben das Schulhaus der Insel Mindanao angegriffen. Sie ermordeten drei Lehrer, einen Leutnant, einen Sergeanten und acht Polizeibeamte. Es heißt, daß amerikanische Truppen demnächst zur Herstellung der Ordnung eintreffen werden.

Aus dem Muldentale.

Waldenburg, den 19. Oktober 1923.

Zur Kartoffelversorgung. Vom Sächsischen Landbund wird eine Erklärung zur Kartoffelversorgung verbreitet, der wir folgendes entnehmen: Der Sächsische Landbund hat in mehrfachen Eingaben das Wirtschaftsministerium darauf hingewiesen, daß von seiner Seite alles geschehen würde, um die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln zu erreichen, daß aber eine Vorbedingung dazu notwendig sei: Ruhe und Ordnung und vor allen Dingen Schutz vor Plünderungen. In dieser Beziehung hat die sächsische Regierung versagt. Ferner ist nicht genügend dagegen eingeschritten worden, daß diejenigen Bezirke, die Uberschuß an die Städte liefern könnten, sich gegen die Außenwelt abschließen und nichts herauslassen. Durch Einführung von Höchst- oder Richtpreisen für die Kartoffeln kann die Landwirtschaft nie und nimmer gefördert werden. Auch heute noch erhält der Landwirt für seine Produkte höchstens 50 bis 75 v. H. der Friedenspreise. Der Staat verlangt vom Bauer die Bezahlung der Steuer in Goldmark. Wenn der Bauer einen Preis einsetzt, der noch unter dem Goldpreis liegt, dann ertönt der Ruf nach dem Wuchergericht. Der Landwirt verdient alles andere als den Vorwurf des Wuchers. Kein Beruf hat freiwillig mehr zur Lindering der Not der Sozial- und Kleinrentner beigetragen als die Landwirtschaft. Kein staatlicher Betrieb gibt seine Produkte zum gleichen oder geringeren Preis ab wie die Landwirtschaft. Ein weiterer Produktionsrückgang muß bei den jetzigen Preisen eintreten. Der Leidtragende bei den von der Regierung angeordneten Zwangsmaßnahmen wird also der Verbraucher sein.

Die 1. Klasse 184. Sächs. Landeslotterie wird am 24. Oktober 1923 gezogen.

Im Buchengrund.

19] Original-Roman von H. Courths-Mahler.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1922.

Es erging ihm seltsam, je länger er sie ansah, je eindringlicher er sich sagte, daß dieses Mädchen ihm nichts sein durfte, umso mehr fesselte sie ihn.

Während sie mit Frau Solo sprach, wandte Jutta keinen Blick von ihrem ersten, jungen Gesicht. Der Ausdruck ihrer Augen schien ihm noch trauriger als neulich. Es war, als liege ein tiefes, heimliches Leid auf dem Grunde ihrer Augen. Und doch war sie ruhig und beherrscht.

„Ob der Mann, den sie liebt, den sie so innig küßt und in dessen Armen sie wohl alles um sich her vergaß, wohl dieser Liebe wert ist?“ fragte er sich. Und obwohl er wußte, daß er dazu kein Recht hatte, fühlte er einen heimlichen Groll gegen diesen „Fremden“, dem sie ein so sehnlichstiges „Auf Wiedersehen“ nachgerufen hatte.

Jutta hatte natürlich keine Ahnung von dem Fremden, in dem sich Günter v. Hohenegg befand. Sie hätte sich nicht träumen lassen, daß ihr Zusammentreffen mit Fred wie ein Stellbildchen zwischen zwei Liebenden ausgelegt werden könnte. Frau von Wengern war inzwischen vor die aufgestellten Bildchen getreten und winkte Hohenegg an ihre Seite.

„Kommen Sie, Herr Sachverständiger, walten Sie Ihres Amtes,“ scherzte sie mit einem koketten Blick in seine ernsten Augen. Er sah sich in dem schlichten Zimmer um. Ein ernster, wenig behaglicher Raum für eine junge Dame! Frau Solos Salon war dagegen eine Stätte des Luxus, des weiblichen Behagens. Und doch hätten ihm dieser Raum hier weit mehr durch Poesie hersehnt.

Solo hatte ihm gesagt, sie wolle Fräulein Falkner auf alle Fälle ein Bild abkaufen, um die junge Dame, die wohl in wenig günstigen Verhältnissen lebe, zu unterstützen. Sie wollte sich Günter gegenüber als Wohlthäterin in einem günstigen Lichte zeigen. Nun betrachteten sie zusammen die Bilder. Es waren nicht

gerade erstklassige Meisterwerke; man merkte, daß die junge Malerin noch nicht auf der Höhe ihres Könnens stand. Günter sah aber, daß diese Bildchen eine Seele hatten, daß sie mit feinem Kunstempfinden und ernstem Fleiß gemalt waren. Sie verrieten ein schönes Talent und einen vornehmen Geschmack und entbehrten nicht eines feinen Reizes.

Ehrlich sprach er seine Meinung aus, und Jutta lächelte in all ihrem Leid eine leise Freude, sich in ihrem Schaffen von ihm gewürdigt und verstanden zu finden. Es wäre ihm unmöglich gewesen, diesen ernsten, traurigen Mädchenaugen gegenüber eine lägenhafte Phrase über die Lippen zu bringen.

Mit großem Interesse ging er auf kleine Einzelheiten ein, und Jutta merkte, daß er wirkliches Verständnis besaß. Offen erklärte er ihr kleine Mängel. Dann blätterte er in ihren Skizzen. Die Aquarellbücher betrachtete er prüfend.

„Die sind nur zum kleinsten Teil nach der Natur gemalt,“ sagte er lächelnd.

„Allerdings, es sind meist Kopien. Ich habe wenig Zeit und Gelegenheit, im Freien Studien zu machen,“ antwortete sie.

„Einige dieser Kopien sind sehr hübsch,“ erklärte er und hielt eins der Blätter längere Zeit in der Hand.

Solo von Wengern wurde ungeduldig, sie fand, daß sich Günter viel zu viel mit der jungen Malerin beschäftigte. Die schöne, stiegewohnte Frau hatte Juttas Neugier kaum einer Beachtung gewürdigt. Die junge Dame war ihr ziemlich unscheinbar vorgekommen. Jetzt bemerkte sie plötzlich mit eifersüchtigen Blicken, daß Jutta allerlei weibliche Reize besaß, eine wundervoll jugendkräftige Gestalt von edelsten Formen, sehr schöne, seelenvolle Augen und sehr prächtiges Haar. Es kam ihr sehr überflüssig vor, daß Günter sich in das Studium dieser mädchenhaften Reize vertiefte.

„Also zu welchem dieser Bilder raten Sie mir, Herr von Hohenegg?“

Dieser legte zögernd die Aquarellskizze aus der Hand, die er lange betrachtet hatte, und die ihn besonders fesselte.

Langsam wandte er sich den Bildern wieder zu. Dabei streifte sein Blick Juttas Gesicht, das traurig wie in eine weite Ferne blickte.

Es war ein Gefühl in ihm, etwas wie der Wunsch, ein Recht zu haben, dieses blasse Mädchen zu trösten, zu beschützen. Er meinte, ihren Kummer zu kennen und ersah sich wie ein Eindringling, nicht nur in dieses Zimmer, sondern auch in das Geheimnis dieser Mädchenseele. Zugleich quälte ihn wieder das Gefühl der Eifersucht auf jenen Glücklichen, dem Juttas Liebe gehörte. Ihre zärtliche, vom Weinen halb erstickte Stimmlage klang ihm noch in den Ohren, so wie er sie neulich abends — als unberufener Lauscher — gehört. Jetzt war ihre Stimme klar und fest, und keine gebrochener Töne mischten sich darin. Sie sprach fast kühl und geschäftsmäßig, so, als wolle ihre Seele ferne vorhieren. Und das erregte ihn seltsam. Er hätte sie zwingen mögen, anders mit ihm zu reden.

Eine Weile betrachtete er die Bilder, als treffe er eine Wahl, aber seine Gedanken waren bei Jutta. Endlich raffte er sich auf. Er wandte sich Frau von Wengern zu, auf deren Stirn eine kleine, ungeduldige Falte lag.

„Zwischen diesem Stilleben und dieser Herbstlandschaft würde mir die Wahl schwer. Sie sind von gleichem Wert und Sie können da ruhig Ihrem eigenen Geschmack Rechnung tragen, verehrte gnädige Frau,“ sagte er ruhig.

Solo deutete auf das Stilleben, ohne lange zu wählen.

„So will ich dieses kaufen, Fräulein Falkner. Bitte, nennen Sie mir den Preis.“

Ihr Ton war nachlässig und etwas hochmütig. Jutta fühlte, daß sie jetzt nicht mehr so liebenswürdig war wie zuvor. Warum sie den Ton plötzlich geändert hatte, wußte sie nicht. Sie fühlte nur, daß dieser kalte, geschäftsmäßige Ton ihr lieber war, als die große Freundlichkeit der schönen Frau, die sie nicht erwidern konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Notgeld. Wie man uns mitteilt, ist heute der letzte Tag, daß Lohnscheine in Zahlung genommen werden dürfen. Vom 20. Oktober an gilt nur noch für den Zahlungsverkehr das Stättennotgeld, das von den Bezirksverbänden herausgegebene Bezirksnotgeld, das Eisenbahngeld und das Reichsgeld. Alle anderen Geldsorten müssen zurückgewiesen werden.

Die fortgesetzte Neuauflage der verschiedensten Briefmarken infolge der Gebührenerhöhungen bedeutet für die deutsche Post insofern ein gutes Geschäft, als nach einem Bescheide des Reichspostministers ganze Auflagen der neuen Marken in die Hände der Händler und Sammler im In- und Ausland übergehen.

Bereinstheater Glauchau. „Des Königs Nachbarin“ heißt die neueste Operette des „Schwarzwalddmädel“-Komponisten Leon Jessel, die heute Freitag durch das Freiburger Stadttheater zur Aufführung kommt. Ursprünglich war ein anderes Werk angelegt, aber infolge Abgabe der Plan nicht festgehalten werden. „Des Königs Nachbarin“ zählt zu den reizvollsten Operetten der Jetztzeit und wird die Musik bald überall erklingen. Wer daher einen unterhaltigen Abend erleben will, fahre hin, Plätze sind genug vorhanden.

Callenberg. Ein ganz besonderer Kunstgenuss steht dem hiesigen Orte für morgen Sonnabend bevor. Der Grimmitzauer Lehrergesangsverein gibt im Plauenschen Hof ein Konzert, dessen Reinertrag der Callenberger Altershilfe zufließt. Die Darbietungen sind dem vorliegenden Programm nach erstklassig. Herrliche Männerchöre wechseln mit Klavierstücken und Geigen- und Cello-Solis ab. In der Einleitung kommt Mendelssohn-Bartholdy mit seinem „Festgesang an die Künstler“ zu Worte. Ein Trio für Violine, Cello und Klavier von Bolkmann folgt. Deutsche Volkslieder im Männerchor den bekannten Weilsdorf und Breu „Am Strom“, „Frühling am Rhein“ folgen, zuord von Sürläulz „Wald, du bist so wunderschön“. Ein Adagio von Barjzel für Cello und Klavier gibt die Überleitung zu zwei schönen Doppelquartetten von Kirchl und Fischer „Abschied“ und „Der Studenten Nachtgesang“. Und dann folgt der musikalisch-dramatische Höhepunkt des Abends Griegs „Landerkennung“. Ein ergreifend-wichtiger Männerchor mit Bariton solo (H. Winkler) und Klavier, zwei Violinsolis mit Klavierbegleitung von Voltermann und Centola geben den Abstieg zum Ausklang, den 4 Männerchöre von Dürner, Wohlgenuth und Gericke bilden: „Heimliche Liebe“, „Das stille Tal“, „Mein Mädel hat einen Rosenmund“ und „Wach auf, du schöne Träumerin“. Vier recht klangvolle, im Volkston bearbeitete Sachen. Kein Musikfreund der weiten Umgebung wird sich diesen herrlichen Abend entgehen lassen, zumal der Eintrittspreis (Wert eines Glases Bier) diese gute Sache wert ist. Anschließend an die Darbietungen findet freier Kommerz statt. Eine Morgenfeier am Feldendenkmal wird am Sonntag Vormittag 11 Uhr die Sänger zusammenführen, um den stillen Schläfern in der Ferne ein Danklied zu singen.

Glauchau. Am Montag Abend ist auf dem hiesigen Bahnhof der Rangierer Sch. aus St. Egidien tödlich verunglückt. Bei Ausübung seines Berufes geriet der Bedauernswerte zwischen die Puffer zweier Wagen, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Sch. hinterläßt Frau und Kind.

Aus dem Sachsenlande.

Landtag. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung stehen 7 kurze Anfragen und 38 weitere Punkte, die sich mit Reichswehr und Hundertschaften, Ausschreitungen und Beamtenpolitik befassen. Oberregierungsrat Günther und Ministerialrat Dr. Lempe beantworten die Anfragen. Die folgenden Punkte betreffen Anträge der Kommunisten und deutschen Volkspartei betr. faschistische Gefahr und proletarische Hundertschaften. Abg. Renner (Komm.) begründet den Antrag. Ministerpräsident Dr. Antwortet, daß die Regierung gegen rechtsradikale Übergriffe streng einschreiten werde. Abg. Schneider (D. Bp.) begründet die Anfrage wegen der proletarischen Hundertschaften, die von Innenminister Liebmann beantwortet wird. Bei der Behauptung des Abg. Dr. Weigel (Dem.), daß die kommunistischen Hundertschaften reslos im Besitze von Waffen seien, erfolgt stürmischer Widerspruch der Kommunisten. Ag. Schneller ruft: Er solle nicht solchen Mist erzählen. Infolge eines Zurufs von der Tribüne entsteht große Unruhe. Weitere Anträge befassen sich mit der Reichswehr und dem Minister Dr. Gessler. Die Demokraten stellen sich rückhaltlos hinter die Reichsregierung. Ministerpräsident Dr. Zeigner führt aus: Das Reich habe eine schwarze Armee, die Dinge wüchsen sich zu einer Katastrophe aus. Diese Organisationen hätten keine Bedeutung für den Kampf nach außen, sondern nur nach innen. Die Entente wisse von diesen Dingen und werde eine Änderung erzwingen. Abg. Dr. Beutler (Dnat.) erklärt namens seiner Fraktion: Wir halten die Mitteilungen Dr. Zeigners für offenen Landeserrat. Ich weiß, daß dieser Vorwurf auf Dr. Zeigner keinen Eindruck machen wird und ich bedaure, daß die Reichsregierung noch nicht Mittel und Wege gefunden hat, um die Immunität der Abgeordneten, soweit sie Landesverrat begehnen, aufzuheben. Ich bezeichne die „Anklage“ als Denunziation und den Ankläger als gemeinen Denunzianten. (Ungeheurer Lärm. Abg. Mende (Soz.) springt auf und ruft Beutler zu: Sie sind der erste, der dran kommt. (Der Antrag, die Regierung zu beauftragen, sofort bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers Gessler zu fordern, wird gegen die

Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Die Deutschnationalen erklären alsdann, nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten sich nicht mehr an der heutigen Verhandlung zu beteiligen. Sie verlassen den Saal. Innenminister Liebmann nimmt alsdann Stellung zu einer Reihe Anfragen. Abg. Dr. Schneider (D. Bp.) wendet sich gegen den Terrorismus, der in den letzten Monaten gegen sächsische Industrielle geübt worden ist. Nach 5 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag.

Rücktritt. Die Ministerialdirektoren Dr. Wölker (Staatskanzlei) und Dr. Schmidt (Ministerium des Innern) haben der Regierung mitgeteilt, daß sie ihr nach dem Eintritt der Kommunisten ihre Dienste nicht mehr zur Verfügung stellen könnten. Beide Herren haben um ihre sofortige Entlassung gebeten.

Plauen. Mit dem schrecklichen Brandunglück vom 19. Juli 1918 in der damaligen Kartuschierwerkstätte (früheren Glühlampenfabrik), wobei über 300 junge blühende Menschenleben zugrunde gingen, wird sich in aller nächster Zeit das Gericht befassen. Von der Staatsanwaltschaft Plauen ist gegen den Direktor Spr. der A. E. G. Berlin Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung gestellt worden.

Göppersdorf. Die Landwirte Göppersdorfs sammeln für bedürftige Einwohner unter sich für 90,000,000,000 Mark Naturalien.

Hartmannsdorf. Die hiesigen Landwirte spendeten den Armen und Sozialrentnern 125,000,000,000 Mark in Naturalien und beabsichtigen, den Bedürftigsten auch eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Augustsburg. Der hiesige auf den 21. und 22. Oktober festgesetzte Jahrmarsch wird wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht abgehalten.

Obercunnersdorf. Mehrere alte Leute waren seit mehreren Tagen hier nicht mehr gesehen worden. Als man nachforschte, fand man sie in den Betten liegend vor. Sie erklärten, daß sie den Hungertod im Bette erwarten wollten. Diese Tatsache beleuchtet die ganze abgrundtiefe Not unseres Volkes.

Flöha. Hier fand im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft die Einweisung des Reichstagsabgeordneten Bernhard Ruhn als Amtshauptmann des Bezirks Flöha durch den Kreisoberhauptmann Dr. Marcus statt.

Rossen. Seit einigen Wochen hat sich hier der kommunistische Agitator und Schriftsteller Rühle aufgehalten. Jetzt wurde er wegen Verbreitung von Flugblättern aufreißenden Inhalts auf Veranlassung des Bezirkskommandos 4 festgenommen und dem Polizeipräsidium Dresden zugeführt.

Hauptmannsgrün i. B. Während ein 16jähriges Mädchen durch den Busch zwischen Hirschfeld und Rottmannsdorf ging, sprangen aus dem Walde zwei etwa 28 bis 30 Jahre alte Männer auf das Mädchen zu und zwangen es unter Bedrohung mit Erschießen zum Ausziehen seiner Schuhe und seines Mantels. Auch das Kleid sollte es noch ausziehen, doch die Räuber ließen auf die lauten Hilferufe der Überfallenen von ihrem Opfer ab und verschwanden mit ihrer Beute im Walde.

Zittau. Am Montag traten hier Gewitter auf, die eine merkliche Abkühlung mit sich brachten. In der Umgegend ging kleinkörniger Hagel nieder.

30 Jahre nationale Angestelltenbewegung.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband konnte im September auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Von einigen, aus dem Lager der damaligen deutschsozialen Partei gekommenen Handlungsgehilfen gegründet, nahm er von Anfang an eine scharfe Kampfstellung gegen die sozialdemokratische Partei ein, die zu Beginn der 90er Jahre unter den kaufmännischen Angestellten eine starke Agitation entfaltete. Nicht zu Unrecht hatten die Sozialdemokraten erkannt, daß ihre Bewegung ohne das schon damals große Heer der Angestellten lückenhaft bleiben mußte. Daß es ihnen bis heute nicht gelungen ist, die Wehrzahl der Angestellten unter das rote Banner zu bringen, ist ein Verdienst des D. H. V., der im entschlossenen Kampf für die Reform der Arbeitsbedingungen der Handlungsgehilfen stets für die nationale Idee der deutschen Arbeiterbewegung eingetreten ist.

Der D. H. V. ist mit 300,000 Mitgliedern und 1500 Ortsgruppen heute der größte Angestelltenverband, dem eine eigene Krankenkasse mit über 180,000 Mitgliedern angeschlossen ist. Er nimmt in der gesamten Arbeiterbewegung auch dadurch eine Art Sonderstellung ein, daß er durch eine kluge Finanzpolitik sich einen erheblichen Besitz an Sachwerten schaffen konnte. So hat der D. H. V. und seine Unternehmungen außer dem eigenen 8-stöckigen Verbandshaus in Hamburg, das zu den schönsten Kontorhäusern Hamburgs zählt, Grundbesitz in Berlin, Charlottenburg, Dortmund, Duisburg, Essen, Halle, Köln, Königsberg, Magdeburg, Mannheim, Stuttgart, Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Nürnberg, Leipzig, Auzig und Wien. Auch die große Burg Lobeda bei Jena, die Kurhäuser Friedrichsbrunn (Ostharz), in Mergentheim (Württemberg) und Timmenborfer Strand (Ostsee) sind sein Eigentum. Um den Einfluß der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu steigern, schuf der Verband den „Kapitalmarkt für deutsche Arbeit“, der jeweils kurz nach der Auflage überzeichnet war. Neuerdings hat er eine Goldsparkasse errichtet, die den Mitgliedern und ihren Angehörigen möglich macht, Geldbeträge wertbeständig anzulegen. Durch Interessengemeinschaft ist der D. H. V. an dem Johannisstift bei Spandau beteiligt, einem 300 Morgen umfassenden Grundbesitz mit nicht weniger als 40 staatlichen Gebäuden. Beteiligt ist er auch an dem Tiefenbau des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin-Wilmersdorf.

Der Verband ist Hauptaktionär der Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten in Berlin-Steglitz. Unter seiner führenden Mitwirkung wurde die erste Arbeitermerkant, die Deutsche Volksbank A.-G. in Essen gegründet, die bereits in Berlin, Hamburg, Duisburg, Münster und Saarbrücken Filialen

besitzt. Die Hanseatische Verlagsanstalt A.-G. in Hamburg ist Eigentum des Verbandes.

Der D. H. V. gehört dem Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften und damit dem (christlich-nationalen) Deutschen Gewerkschaftsbund an.

Bermischtes.

Berücksichtigung der Lage in Mannheim. Die Unruhen haben in Mannheim nicht nur angehalten, es ist vielmehr eine Verschärfung der Lage festzustellen. In der Nähe des Marktplatzes dauerten die Schießereien den ganzen Vormittag an, wobei der Hauptmann der Bereitschaftspolizei verwundet und 4 bis 5 Personen getötet wurden. Unter denselben befinden sich zwei Männer, die an den Unruhen gar nicht teilnahmen, die vielmehr durch verirrte Kugeln getroffen worden waren. Insgesamt sind 50 bis 60 Personen verhaftet worden. Die französische Besetzung beteiligte sich an der Verfolgung der Demonstranten, wobei ein Teil der Anruhestifter Revolver und Messer wegwarfen. Der Parole zum 24-stündigen Generalstreik, den die Kommunisten verkündeten, wurde zum großen Teil unter dem Druck der Straße von den großindustriellen Werken gefolgt. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Die Zeitungen sind erschienen. Die badische Regierung hat für das Gebiet der Stadt Mannheim einschließlich der Vororte den verschärften Ausnahmezustand verhängt und jeden Straßenverkehr von 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verboten. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt und die Verbreitung von Flugblättern und der Verkauf von Zeitungen auf der Straße ist untersagt.

Frauen verprügeln den Betriebsrat. In Gelsenkirchen drangen auf dem Blechwalzwerk Grille-Funk Frauen der Werksangehörigen in großer Zahl gewaltsam in das Werk ein und vereinigten sich mit ihren auf der Arbeit befindlichen Männern. Da der leitende Direktor eine Verhandlung ablehnte und auf den Betriebsrat verwies, wurde dieser geholt. Die Demonstranten stellten Forderungen auf sofortige Auszahlung von 30 Milliarden. Da diese nicht erfolgen konnte, wurde der Betriebsrat verprügelt und abgesetzt und das Hauptverwaltungsgelände gestürmt. Die alarmierte Polizei säuberte das Verwaltungsgelände. Bei dem Wiederbetreten der Straße wurde die Polizei mit Steinen beworfen und diese machte hierauf von der Sieß- und Schußwaffe Gebrauch. Zwei Arbeiter wurden verletzt dem Krankenhaus zugeführt.

Aufhebung einer Falschgeldzentrale. In Gussaburg bei Mainz wurde eine Falschgeldwerkstätte aufgedeckt, die von einem früheren Orthographen betrieben wurde, der seine Erzeugnisse durch andere Personen in Umlauf bringen ließ. Von den hergestellten falschen Geldscheinen konnte eine Anzahl im Werte von 60 Milliarden Mark beschlagnahmt werden. Alle beteiligten Personen sind verhaftet worden.

Die Internationale Arbeiterhilfe hat beschlossen, der sächsischen Regierung für Kinder der Arbeitslosen und ähnliche bedürftige Bevölkerungsschichten vorläufig 2000 Tonnen Roggen zur Verfügung zu stellen mit der Ermächtigung, diese 2000 Tonnen nach Ermessen und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse in die erwähnten Gruppen zur Verteilung zu bringen.

Französischer Daueraufenthalt in Essen. Die Besatzungsbehörden richteten sich gegenwärtig für einen Daueraufenthalt in Essen ein. Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hotels und Privatwohnungen, rund 4000 Zimmer beschlagnahmt worden sind, ist nunmehr an das Besatzungsamt Essen der Antrag auf Bereitstellung von 316 Wohnungen mit insgesamt 1045 Zimmern gestellt worden. Dazu kommt bei jeder einzelnen Wohnung, die vollständig möbliert sein muß, die Bereitstellung einer Küche und eines Mädchenzimmers. Während es bisher den Angehörigen der Besatzungsmächte nicht gestattet war, mit ihren Familien zusammen zu leben, ist diese Bestimmung jetzt offenbar aufgehoben. Das Besatzungsamt muß auch für Heizmaterial und für die Beheizung Sorge tragen. Die neuerlichen Anforderungen bedeuten für die Stadt Essen eine ungeheure Last, da es in Essen 20 000 Wohnungsuchende gibt. Außerdem sind Stallungen für 380 Pferde angefordert worden. Da nicht genug Stallungen vorhanden sind, ist die Stadtverwaltung genötigt, Neubauten aufzuführen.

Die Musik der afrikanischen Reges.

Was der afrikanische Reges unter Musik versteht, ist ein Tongemisch, das für das europäische Ohr, wenn es die feltamen Klänge zum ersten Male hört, alles eher als Musik zu sein scheint. Nach einem Bericht über die im Lande selbst angestellten musikalischen Forschungen und Beobachtungen von Heintz in den „Deutschen Geographischen Blättern“ verwendet die afrikanische Musik vor allem andere Intervalle als die europäische, wie sie denn auch die Oktave in mehr oder weniger Stufen einteilt. Dazu kommt, daß das Taktmäß der Regesmusik außerordentlich kompliziert ist. Der Reges findet sich aber in das Gewirr seiner Taktgesetze in der Regel recht gut hinein, und man kann oft genug die Beobachtung machen, daß die Reges bei ihren Gesängen ohne Mühe fünf bis sechs gleichzeitig nebeneinanderlaufende Rhythmen auseinandehalten können. Auch was die Klangfarbe seiner Musik betrifft, zeigt der Reges einen anderen Geschmack als wir, indem er nicht der klaren, hellen, sondern der näselnden Singstimme den Vorzug gibt. Zum Verständnis der afrikanischen Musik ist es außerdem ganz unerlässlich, daß der Hörer sowohl den Text, wie auch die Kulturbedeutung des betreffenden Gesanges versteht. Die Musik hat sich nämlich der Sprache derart angepaßt, daß sie ihr oft direkt nachgebildet ist. Ein Wort hat z. B. in tiefer Tonlage gesprochen, eine ganz andere Bedeutung, als das gleiche Wort, wenn es mit hoher Stimme gesprochen wird. Damit nun der Text seine Bedeutung beibehält, muß sich selbstverständlich auch die Musik des gesungenen Liedes nach dieser Regel richten, und daher liegt die Ursache manches uns feltam klingenden Intervalls oft nur in der Befolgung dieser Sprach-

regel. Wenn die afrikanische Musik auch alles eher als melodisch klingt, so wäre ihre genauere Erforschung gleichwohl ein fesselndes Problem für die vergleichende Musikwissenschaft.

Aus vergangenen Zeiten.

„Römisches Reich deutscher Nation.“

Im Sprachgebrauch wird die Bezeichnung „Deutsches Reich“ oft auch auf das alte Reich angewandt, das im Jahre 1806 endgültig zusammenbrach. Das Reich bis 1806 ist aber, so lesen wir in Professor Fritz Hartung'scher „Deutscher Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart“, kein deutsches, sondern ein römisches Reich, heiliges, römisches Reich, so lautet die amtliche Bezeichnung, ein römisches Königreich steht an seiner Spitze, und die Krönung durch den Papst erhebt diesen zur Würde des römischen Kaisers. An dieser Verbindung Deutschlands mit dem römischen Reich ist grundsätzlich nichts geändert worden, bis das Reich selbst sich auflöste; nur die Krönung durch den Papst kam in der neueren Zeit außer Gebrauch, und der Titel „erwählter römischer Kaiser“ wurde zuerst von Maximilian I., dann regelmäßig seit Ferdinand I. ohne Mitwirkung des Papstes geführt, sodas sich der Titel des römischen Königs auf den zu Lebzeiten eines Kaisers von den Kurfürsten gewählten Nachfolger einschränkte.

Die Machtbefugnis dieser römischen Kaiser ging allerdings schon seit dem 14. Jahrhundert nicht mehr wesentlich über den Bereich der deutschen Nation hinaus. Die meisten Staaten Italiens hatten sich so gut wie unabhängig gemacht, und von dem alten burgundischen Königreich waren große Stücke an Frankreich gelangt, und so wenig sich auch im allgemeinen die Kanzleisprache der Wirklichkeit anzupassen verstand, diesen Verhältnissen trug sie doch seit der Mitte des 15. Jahrhunderts Rechnung. Zuerst in der sog. Reformations Friedrichs III., dem Landfriedensgesetz von 1442, findet sich die Unterscheidung zwischen dem Römischen Reich und den deutschen Landen. Später trat an die Stelle der Bezeichnung deutsche Lande die deutsche Nation und 1486 ist zum ersten Male die bald allgemein gebräuchliche Form „Römisches Reich deutscher Nation“ in einem Reichsgesetz angewendet worden.

Dieser Zusatz „deutscher Nation“ ist im 17. und 18. Jahrhundert von den Staatsrechtslehrern dahin ausgelegt worden, als bedeute er die Herrschaft der deutschen Nation über das Römische Reich. Auch die spätere Geschichtsschreibung hat ihn meistens so aufgefaßt und hat ihn mit Vorliebe verwendet, um mit ironischem Beigeschmack den Widerspruch zwischen dem hochtrabenden Titel und der kläglichen Wirklichkeit zu kennzeichnen.

Erst die neueren Forschungen von A. Werminghoff und K. Zeumer haben gezeigt, daß der Zusatz als Beschränkung entstanden ist und nur besagen will: das Reich, soweit es deutscher Nation ist. Das Gefühl der nationalen Gemeinschaft liegt ihm ganz unverkennbar zugrunde. Auf dieses deutsche Gebiet allein erstreckt sich auch seit dem 15. Jahrhundert die kaiserliche Gewalt, die Wirkung der Reichsgesetzgebung, die Anteilnahme am Reichstag. Ein deutsches Reich ohne jede formelle Beziehung zu Rom entstand erst 1871.

Telegramme.

Dresden, 19. Oktober. Das Gesamtministerium hat beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines neuen Anleihegesetzes zugehen zu lassen, das sowohl eine Erhöhung der fundierten wie der schwebenden Schuld des Staates vorsieht. Die Mittel sollen im wesentlichen zum weiteren Ausbau der werdenden Anlagen des Staates verwendet werden.

Berlin, 19. Oktober. Der Zentralausschuß der Kommunisten in Berlin hat in einer Geheim Sitzung die Richtlinien für den Fall einer Ueberrahme der Regierung auf die Kommunisten festgelegt. 1. Aufruf an die Bauernschaft zur freiwilligen Abgabe von Getreide und Lebensmitteln. Versagt dieser Aufruf, so sollen bewaffnete Arbeitertruppen die Lebensmittel beschlagnahmen. 2. Die gesamte nichtkommunistische Presse wird verboten. 3. Sämtliche nichtkommunistische Führer werden festgenommen. 4. Wird der neuen kommunistischen Regierung von irgend einer Seite oder Person Widerstand entgegen gesetzt, so erfolgt rückwärtslos die Todesstrafe.

Berlin, 19. Oktober. Reichskanzler Dr. Stresemann hatte eine Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter der „Daily News“. Er erklärte hierbei, die deutsche Regierung strebe mit allen Mitteln, die in ihrer Macht liegen, danach, der finanziellen und politischen Schwierigkeiten im Innern Herr zu werden. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn sie eine Periode der Ruhe mit Bezug auf die auswärtige Politik erhalten. Nach der russischen Katastrophe würde ein Zusammenbruch Deutschlands die ernstesten wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Folgen nach sich ziehen. Zum Schluß bestätigte der Reichskanzler, daß Deutschland eine neue Note an die Reparationskommission senden werde.

Berlin, 19. Oktober. Der Druck der kleinen Stücke der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches wurde so beschleunigt, daß ihre Stücke zum größten Teil den Zeichnern zur Verfügung gestellt werden konnten. Kauf und Verkauf der Goldanleihe sind von der Kapitalverkehrssteuer befreit.

Berlin, 19. Oktober. Die Deutschnationale Volkspartei hat einen Aufruf erlassen, in dem sie um Beiträge bittet, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Spenden sind an das Postcheckkonto Berlin 50482 Deutschnationale Volkspartei zu überweisen.

Berlin, 19. Oktober. Die Verhandlungen über das

Arbeitszeitgesetz wurden gestern abgeschlossen. Unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages im Bergbau und in den besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben wird in den übrigen Betrieben eine Arbeitszeit bis zu 9 und 10 Stunden zugelassen. Sie muß durch tarifliche Vereinbarungen angeordnet werden. Die Vorlage wird am Donnerstag dem Reichstag vorgelegt werden.

Gedenkt des notleidenden Alters!

— Spendet nach Kräften der Altershilfe! —

Handel, Industrie und Wirtschaft.

Herabsetzung des Zementpreises. Infolge der Ermäßigung der Goldmarkpreise für Kohle hat der Reichswirtschaftsminister den Zementpreis vom 17. d. M. an auf 450 Goldmark herabgesetzt, nachdem der Höchstpreis in der letzten Woche bereits um 30 Goldmark ermäßigt worden war.

500%ige Lohnerhöhung im Bergbau? Heute Donnerstag finden im Bergbau für die kommende Woche Lohnverhandlungen statt. Man rechnet gemäß der Indexsteigerung auf eine Lohnerhöhung von mindestens 500 %.

Der Goldumrechnungsfuß für die Reichssteuern beträgt vom 20. bis zum 28. Oktober einschließlich 936 Millionen für je eine Goldmark.

Feierschichten in der Kaliindustrie. Die Nachrichtenstelle für die Deutsche Kaliindustrie teilt mit, daß die Kaliwerke in den letzten drei Wochen eingelegten Feierschichten rund 180 000 beträgt.

Der Großhandelsindex. Das Niveau der Großhandelspreise hat sich in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes um 25,4 Prozent auf das 1093 millionenfache des Friedensstandes gehoben. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs um 24,7 Prozent auf 4,1 Milliarden Mark, so daß das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 gleich 100) eine Aufwertung von 107,6 (Gold) auf 111,9 (Gold) erfuhr. Diese wurde vorwiegend durch den Uebergang zur freien Brotwirtschaft herbeigeführt, wodurch die Herabsetzung der Kohlenpreise mehr als ausgeglichen wurde. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 28,2 Prozent auf das 1625 millionenfache, die Inlandswaren um 24,7 Prozent auf das 1006 millionenfache und ferner die Lebensmittel (im Großhandel) um 35,1 Prozent auf das 838 millionenfache und die Industriekstoffe um 192,7 Prozent auf das 1570 millionenfache des Friedensstandes.

Indizes und Preise vom 18. Oktober 1923.

Lebenshaltungszindex:	691,9 millionenfach
Großhandelsindex:	1093 millionenfach
Landabgabe vom 20. bis 23. Oktober:	936 Millionen für je eine Goldmark
Buchhandelsindex:	1800 millionenfach
Buchdruckerindex:	35 Millionen
Schlüsselzahl für Anzeigen (20. bis 26. Oktober):	2 Millionen
Eisenbahnmultiplikator:	600 Millionen
1. Personenverkehr:	1000 Millionen
2. Güterverkehr:	5 Millionen
Fernbrief:	2 Millionen
Fernpostkarte:	8,16 Milliarden
Dollar amtlich:	1 942 857 142
1 Goldmark:	90 Prozent
Reichsbankdiskont:	640 Dollar pro Kilo
Goldankaufspreis:	400 millionenfach
Eisberankaufspreis:	93 599 999 900 v. S.

Bestellungen auf das Schönburger Tageblatt werden jederzeit vom Verlag und den Austrägern angenommen.

Berliner Börsenberichte vom 18. Oktober.

Devisenmarkt. Auf dem heutigen Devisenmarkt herrschte wieder eine riesige Haufe, ohne daß ein besonders erkennbarer Grund vorhanden war. Der Dollar schnellte mit einem Ruck auf 8,16 Milliarden herauf. Dollarparitäten anweisungen 8,5 und Goldanleihe 8,1 Milliarden.

Produktenmarkt. Die Tendenz des heutigen Produktenmarktes war ausgesprochen fest. Inlands-Offerten lagen jedoch nur spärlich vor und waren die Forderungen wiederum recht hoch. Es bestand Nachfrage nach Weizen und Roggen, besonders war Roggen stark begehrt, wobei sich Käufe für Rechnung der R. G. bemerkbar machten. Während Hafer ruhiger lag, war Gerste stark gefragt. Futtermittel, Hülsenfrüchte und Pflanzensaat fest bei kleinem Geschäft.

Der Stand der Mark.

	18. 10.	17. 10.
(In Tausenden Mark.)		
1 holländischer Gulden	3199980	3216020
1 belgischer Franken	422940	425600
1 norwegische Krone	1224830	1271170
1 dänische Krone	1432410	1459590
1 schwedische Krone	2154600	2165400
1 italienische Lira	217475	218545
1 englische Pfund	36907500	37022500
1 Dollar	8139600	8180400
1 französischer Franken	490770	493230
1 schweizerischer Franken	1464330	1471670
1 tschechische Krone	243390	244610
100 österreichische Kronen	11571	11629

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Preise für 50 Kilo ab Station (In Millionen Mark.) Weizen Märk. 13000—13500. Roggen Märk. 12000—12500. Sommergerste 11500—12000. Hafer Märk. 9500—10500. Weizenmehl (100 Kilo) 4000 bis 44000. Roggenmehl (100 Kilo) 37000—44000. Weizenkleie 5000—5500. Raps 16000—17000. Viktoriaerbsen 23000—26000. Kleine Speiseerbsen 18000—21000. Rapskuchen 8500—9000.

Heu und Stroh.

Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station. (Amtlich.) (In Millionen Mark.) Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 550—600, drahtgepr. Haferstroh 450—470, drahtgepr. Weizenstroh 430—450, Roggenlangstroh 290—300, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 270—290, Häcksel 145 bis 1650, gesundes Heu 350—400, gutes Heu 400—450 (Die Preise für Produkte einschließlich Heu und Stroh verstehen sich ab Station. Die Preise „ab Hof“ sind im Mittel etwa um 20 Prozent billiger.)

Kirchliche Nachrichten.

Am 21. Sonntag nach Trinitatis.

Callenberg mit Reichenbach. Vorm 9 Uhr Predigtgottesdienst Nachm. 8 Uhr Jugendfestgottesdienst mit Bannerweihe des Evangelisch-lutherischen Jungmädchenvereins. — Kollekte für den Landesverband für die weltliche Jugend.

Ziegelheim. Nachm. 2 Uhr Posaunen-Festgottesdienst (unter Mitwirkung des Posaunenchores St. Christophori-Hohenstein-Ernstthal).

Ziegelheim. Mittwoch, den 24. Oktober, Abends 8 Uhr Herbst-Kommunion (Oberpfarrer Kaiser Waldenburg).

Witterungsbericht.

Waldenburg, 19. Oktober. Mittags 12 Uhr + 14 Grad C. morgens 8 Uhr + 9. Grad C., tiefste Nachttemperatur + 5 Grad C. Feuchtigkeitgehalt der Luft 50 Prozent. Barometerstand 764 mm. Windrichtung: Südwest. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden 0,6 mm. Witterungsaussicht: Zunehmende Bewölkung.

Heute Sonnabend, den 20. Oktober, 8 Uhr Abends
im Plauenschen Hofe zu Callenberg
Konzert
zum Besten der Callenberger Altershilfe.
Ausführende: Lehrergesangverein Crimmitschau.
Leitung: Kantor Bräutigam, Crimmitschau.
Eintritt: Preis eines Glas Bieres (75 Millionen).
Das Programm berechtigt zum Eintritt.
Nach dem Konzert **Kommers.**
Während des Konzertes wird im Saale kein Bier verschänkt.

Gasthof Kaufungen.
Sonntag und Montag
Kirchweihfest.
An beiden Tagen
große öffentliche Festbälle.
Küche und Keller in bester Güte.
Bolles Orchester.

Sonntag, den 21. Oktober
Gasthof Gösdorf. BALL.
Rüchenherd,
transportabel, schmiedeeisern, wenig gebraucht, komplett, Größe 66x100, preiswert abzugeben.
Küchenherd, Waldenburg.
Waschextrakt

Goldperle
mit
Schnitzelseife
ersetzt teure Kernseife vollständig.



Waldenburger Kriegsgedenkbuch
Interessante Chronik über die Kriegszeit im Leben der Stadt Waldenburg. Verzeichnis der Gefallenen aus Waldenburg, Altwaldenburg und Altstadt Waldenburg, sowie aus dem Seminar, daneben sonstiger reiches Inhalt.
6 Bogen stark, Preis geheftet nur 5.000 000 M.
Das Ergänzungsblatt über die Einweihung der Krieger-Ghrendenmäler in Stadt und Altstadt Waldenburg 500 000 M.
Die Gedächtnispredigt im Weihgottesdienst durch Herrn Pfarrer Glade 500 000 M.
Zusammen 6 000 000 M.
Zu beziehen vom Verlag E. Rästner in Waldenburg.

Statt Karten.
Für die Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Vermählung sagen wir zugleich im Namen unserer lieben Eltern allen Freunden und Bekannten den innigsten Dank.
Waldenburg, 19. Oktober 1923.
Walter Naumann und Frau Elisabeth geb. Tetzner.

Schlacht-Pferde
kauft zu höchsten Preisen
Albin Brause,
Glauchau, Förberstraße 3.
Telefon Nr. 183.

Gasthof Schwaben.
Morgen Sonntag
BALL.

Stadttheater Glauchau.
Freitag, den 19. Oktober, 7 Uhr
Des Königs Nachbarin.
Operette von Leon Jessel.
Sonntag, den 21. Oktbr., 7 Uhr
Das Nürnbergische Ei.
Schauspiel von Walter Harlan.
Vorstellungen an E. Vemme Glauchau, Markt. Tel. 325.
Druckfachen liefert sauber und preiswert
Buchdruckerei E. Rästner.